

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1931

26.11.1931 (No. 328)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung mit Industrie- und Handelszeitung

Geogr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Geogr. 1756

Chefredakteur und verantwortlich für den politischen u. wirtschaftspolitischen Teil: Dr. G. Bräuer; für Baden, Elsaß u. Loth.: Fred. Beck; für Deutschland und „Pyramide“: Karl J. J. für Musik: A. Rudolph; für Inserate: D. Schreyer, Amtslich in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Ezechiel der Redaktion von 11 bis 12 Uhr. Berliner Redaktion: B. Pfeiffer, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 98. Tel.-Amt 2. Flora 3516. Für unverlangte Manusk. wie Abdruck der Redaktionen keine Verantwortung. Druck & Verlag „Concordia“ Zeitungs-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Geschäftsstellen: Kaiserstraße 208 und Karl-Friedrich-Str. 6. Fernr. 15, 19, 20, 21. Postfach: Karlsruhe 9547.

Abonnementspreis: monatlich 2.10 M. frei Haus. In weiterem Geschäftsstellen oder in unseren Agenturen ab 1.80 M. Durch die Post bezogen monatlich 2.10 M. Inland. Ausland. Am Falle höherer Gewalt hat der Abnehmer keine Ansprüche bei verspäteter oder nichtgelieferter Zeitung. Abbestellungen werden nur bis auf den folgenden Monatsletzten angenommen. Einzelverkaufspreis: Freitag 10 S., Sonntag 15 S., Anzeigenpreise: die zehnmalige Normalzeile oder deren Raum 33 S., einmalige 1.20 M., an erster Stelle 1.50 M. Gelegenheitsanzeigen u. Familienanzeigen sowie Stellenangebote ermäßigter Preis. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Einhaltung des Zahlungszieles außer Kraft tritt. Druckort und Erfüllungsort: Karlsruhe in Baden.

Die Reichsbahn will Arbeit schaffen.

In vllner Kürze.

Bei den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen haben die Abordnungen gestern ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen, um aus den beiderseitigen Regierungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen zu geben.

Der Preussische Landtag nahm am Mittwoch mit 184 Stimmen der Reichsparteien den Antrag seines Hauptausschusses an, die Reichsregierung zu ersuchen, daß die Revision des Zolltarifs mit dem Ziele der völligen Einklangnahme der Tarifbestimmungen unangeführt in Angriff genommen werde.

Im Sitzungssaal des Reichstages fand gestern eine mächtige Kundgebung des Arbeiterschulungsausschusses statt, in der Vertreter aller bürgerlichen Parteien sowie der Nationalsozialisten sprachen.

In der für Donnerstag nachmittags anberaumten Sitzung des Vorkommensrats des Reichstages werden die Kommunisten die Einberufung des Reichstages zum 2. Dezember fordern.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurden am Mittwoch die Beratungen über die Reichs-Notverordnung fortgesetzt, wobei auch Reichsminister Schlangensiefel wieder das Wort ergriff.

Der Wirtschaftsausschuss des Reichstages hat am Mittwoch die Beschlüsse der Wirtschaftsausschüsse der Länder bestätigt, wobei auch Reichsminister Schlangensiefel wieder das Wort ergriff.

Die französische Regierung dementiert alle Gerüchte von ihrer angeblichen Initiative zur Einberufung der Genfer Abrüstungskonferenz. Die Regierung habe ihren Standpunkt nicht geändert und halte nach wie vor an der Einberufung der Konferenz zum Februar 1932 fest.

Die Walter Lanton, der bekannte Herausgeber des „Economist“, ist nunmehr endgültig zum Reichstagsmitglied des Sonderausschusses bei der R. F. ernannt worden, der über Deutschlands Zahlungsfähigkeit ein Gutachten erstatten soll.

Im Calmette-Prozess unternahm H. A. Frey einen erneuten scharfen Vorstoß gegen die anwaltlichen Vertreter.

Die weiteren Feststellungen in der Todesstrafe des Bremer Mordopfers haben ergeben, daß der Mord an dem Kolben des Gewehrs durch den Täter selbst geschah.

Die aus Hollywood gemeldet wird, liegt der Schauspieler Tom Mix nach einer schweren Blinddarmentzündung im Sterben.

Die Verwendung der Anleihe.

Große Aufträge an die Wirtschaft. Bau der Magaunbrücke zurückgestellt.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

W. Pl. Berlin, 25. Nov.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte am 23. und 24. November in Berlin. Er beriet über die Verwendung der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe 1931. Der Ertrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zusätzliche Aufträge der Reichsbahn verwendet, um zur Verringerung der Arbeitslosigkeit nach Kräften beizutragen. Die Aufträge im Werte von 250 Millionen RM. sollen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftskreisen zugute kommen. Bei der Vergabe

Die Verwendung der Anleihe.

Große Aufträge an die Wirtschaft. Bau der Magaunbrücke zurückgestellt.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

W. Pl. Berlin, 25. Nov.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte am 23. und 24. November in Berlin. Er beriet über die Verwendung der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe 1931. Der Ertrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zusätzliche Aufträge der Reichsbahn verwendet, um zur Verringerung der Arbeitslosigkeit nach Kräften beizutragen. Die Aufträge im Werte von 250 Millionen RM. sollen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftskreisen zugute kommen. Bei der Vergabe

Die Verwendung der Anleihe.

Große Aufträge an die Wirtschaft. Bau der Magaunbrücke zurückgestellt.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

W. Pl. Berlin, 25. Nov.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte am 23. und 24. November in Berlin. Er beriet über die Verwendung der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe 1931. Der Ertrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zusätzliche Aufträge der Reichsbahn verwendet, um zur Verringerung der Arbeitslosigkeit nach Kräften beizutragen. Die Aufträge im Werte von 250 Millionen RM. sollen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftskreisen zugute kommen. Bei der Vergabe

Gendarmerie gegen Arbeitslose.

Blutige Zusammenstöße in Mährisch-Schlesien.

Prag, 25. Nov.

In Freiwaldau (Mährisch-Schlesien) kam es am Mittwoch zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Gendarmerie. Die Arbeitslosen von Freiwaldau hatten eine große Kundgebung auf dem Ringplatz eintreten lassen. In dieser Kundgebung wollten auch die Arbeitslosen der umliegenden Dörfer und Ortschaften teilnehmen. Die Gendarmerie sperrte die Zugangsstraßen ab, um einen Zugang der auswärtigen Arbeitslosen zu verhindern. Da die auswärtigen Arbeitslosen mit Gewalt zum Zugang zum Versammlungsort verweigert wurden, kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Gendarmerie. Die Beamten sahen sich schließlich gezwungen, gegen die anstürmende Menge eine Schussfalle abzugeben. Nach den bisherigen Feststellungen wurden bei den Zusammenstößen sieben Arbeitslose getötet und 17 schwer verletzt. Außerdem wurden sieben Gendarmen durch Steinwürfe und Stockschläge verwundet. Unter diesen befindet sich auch der Befehlshaber der Gendarmerie, der von der Menge niedergeschlagen und mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus überführt wurde.

Als die Nachricht von den schweren Zusammenstößen im Prager Abgeordnetenhaus eintraf, kam es zu stürmischen Lärmereien. Die schlesischen Abgeordneten forderten

Großfeuer in Nordrach.

Das Armenhaus vernichtet! — Zehn Familien obdachlos!

Nordrach (Amt Offenburg), 25. Nov.

In den Abendstunden des Mittwoch brach in dem fast ganz aus Holz erbauten und von zehn Familien mit insgesamt 55 Personen bewohnten Armenhaus ein Brand aus, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Das Armenhaus liegt abseits der Straße hoch oben am Berge. Ortsfeuerwehr und die Motorspritze von Offenburg waren rasch zur Stelle. Als Ursache dürfte Brandstiftung in Frage kommen, da schon vor etwa 14 Tagen ein Brand in den um das Haus angebauten etwa 2000 Holzwellen ausgebrochen war, den ein 18 Jahre altes Mädchen gelegt hatte.

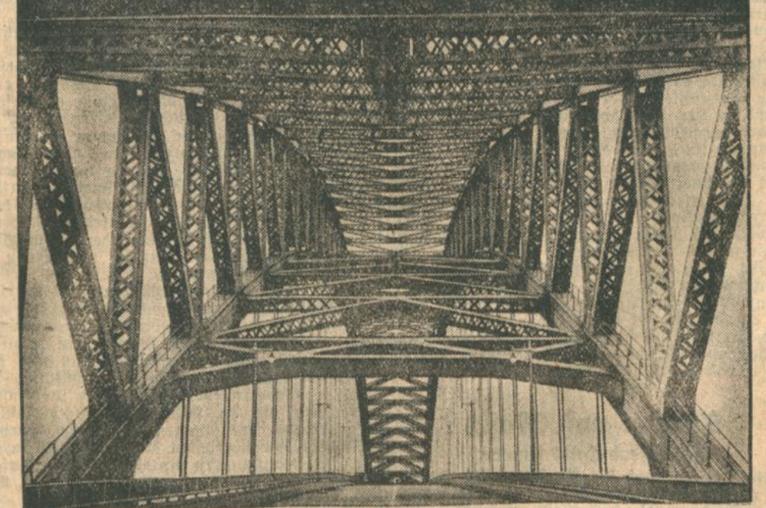
Großfeuer in Nordrach.

Das Armenhaus vernichtet! — Zehn Familien obdachlos!

Nordrach (Amt Offenburg), 25. Nov.

In den Abendstunden des Mittwoch brach in dem fast ganz aus Holz erbauten und von zehn Familien mit insgesamt 55 Personen bewohnten Armenhaus ein Brand aus, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Das Armenhaus liegt abseits der Straße hoch oben am Berge. Ortsfeuerwehr und die Motorspritze von Offenburg waren rasch zur Stelle. Als Ursache dürfte Brandstiftung in Frage kommen, da schon vor etwa 14 Tagen ein Brand in den um das Haus angebauten etwa 2000 Holzwellen ausgebrochen war, den ein 18 Jahre altes Mädchen gelegt hatte.

Die grösste Bogenbrücke der Welt.



Die neuerrichtete Riesebogenbrücke zwischen Bayonne (New Jersey U.S.A.) und Port Richmond wird demnächst dem Verkehr übergeben werden. Der Stahlbau stellt die größte Bogenbrücke der Welt dar.

Die Steuerpläne des Kabinetts.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

W. Pl. Berlin, 25. Nov.

Während des heutigen Tages haben sehr eingehende Besprechungen über die neue Steuerordnung stattgefunden. An der Erörterung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 1 Prozent dürfte wohl nicht mehr zu zweifeln sein, obgleich eine Erhöhung der Umsatzsteuer eine große Gefahr für die beabsichtigte Verringerung der Lebenshaltung in sich birgt. Um die mit der Erhöhung der Umsatzsteuer verbundenen Gefahrenquellen möglichst auszuschalten, ist der Plan aufgetaucht, von dem System der allgemeinen Umsatzsteuer abzugeben und eine Einkommensteuer einzuführen, wie sie in Deutschland seit langer Zeit besteht.

Bei der Einkommensteuer wird die Durchschnittszahl der Häfen errechnet, die die Ware zum Verkauf durchmacht und festgesetzt, in welcher Höhe die Umsatzsteuer am zweckmäßigsten erhoben wird. Bei einer Pauschalierung der Umsatzsteuer könnte dabei gleichzeitig eine Vereinfachung nach der Art der Waren erfol-

Hausfuchungen in Hessen.

Hochverratsverdacht gegen nationalsozialistische Führer.

TU. Darmstadt, 25. Nov.

Auf Veranlassung des Oberreichsanwaltes fanden am Mittwoch in ganz Hessen Hausfuchungen bei nationalsozialistischen Führern statt, so insbesondere in der hessischen Gau-Geschäftsstelle im Brauenhaus in Darmstadt, ferner in den Wohnungen des Stabsführers Hauptmann a. D. Waffung (Darmstadt), des Gerichtsassessors Dr. West, Amtsanwalt in Alzen, bei dem Landwirt Dr. Wagner, Hofhelmer Hof bei Büttardt und bei Kapitänleutnant von Davidson (Darmstadt). Die Hausfuchungen erfolgten wegen des dringenden Verdachtes der Vorbereitung zum Hochverrat in der Leitung der NSDAP.

Gau Hessen. Hitler, der ursprünglich am Mittwoch in Darmstadt an den Beratungen zur politischen Lage in Hessen teilnehmen wollte, ist wie mitgeteilt wird, nicht nach Darmstadt gefahren. Die Beratungen finden im Braunen Hause in München statt.

Von der Gauleitung der N.S.D.A.P. in Darmstadt wird mitgeteilt, daß am Mittwoch nachmittag etwa 40 Kriminalbeamte in den Büroräumen der Gauleitung in der Bismarckstraße 11 erschienen und in der Zeit von 17 bis 19 Uhr eine Hausdurchsuchung vornahmen. Der Zweck der Durchsuchung sei, wie vom heftigsten Innenminister der Nationalsozialisten auf Anfrage mitgeteilt wurde, die Beschlagnahme hochverräterischer Materials. Wie die Gauleitung weiter erklärt, sei die Durchsuchung vollkommen ergebnislos verlaufen. Es habe nicht der geringste Anhaltspunkt für hochverräterische Bestrebungen gefunden werden können. Auch die zu gleicher Zeit bei führenden Persönlichkeiten der N.S.D.A.P. an verschiedenen Orten Hessens durchgeführte Untersuchung sei ohne Ergebnis verlaufen. Von den Darmstädter amilichen Stellen liegt bis zur Stunde eine Mitteilung über den Erfolg der Polizeiaktion nicht vor.

Zu den Hausdurchsuchungen verläutet von preussischer Seite, daß auch der preussische Innenminister über die Maßnahmen ins Bild gesetzt worden sei, da sich ein Teil der von dem Oberreichsanwalt vermuteten Vorgänge auch auf preussisches Gebiet erstreckte. Danach sei schon vor Tagen der Polizei das Vorhandensein von Schriftstücken bekannt geworden, aus denen sich der Verdacht des Hochverrats ergebe. Die Polizei habe dann den Oberreichsanwalt verständigt. Bei den Schriftstücken soll es sich um eine Reihe von Verordnungen handeln, die die maßgebenden Personen der nationalsozialistischen Partei in Hessen verfaßt und entworfen haben und genaue Maßnahmen für den Fall der Übernahme der Regierungsgewalt durch das nationalsozialistische Regiment enthielten. Die Vollzugsbehörden sollten in diesem Falle abgeleitet und durch S.M. und ähnliche nationalsozialistische Organisationen als Vollzugsbehörden ersetzt werden. Als Urheber dieser Schriftstücke kämen etwa vier bis fünf Namen in Frage, deren Träger jetzt zu Mitgliedern des hessischen Landtags gewählt worden seien, u. a. Landwirt Wagner und Gerichtsassessor Dr. West.

Zentrum und NSDAP.

Dr. Fried zur Lage.

TU. München, 25. Nov.

In einem im „Völkischen Beobachter“ erschienenen „Wie lange noch?“ überschriebenen Artikel schreibt Dr. Fried u. a.: „Die Nationalsozialisten würden neue (außenpolitische) Diebstahl-Verpflichtungen der Regierung Bränning — als für sie nicht rechtsverbindlich — nicht anerkennen. Bisher habe das Zentrum noch nicht zu erkennen gegeben, daß es zu einer ehrlichen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bereit sei. Das Zentrum verleihe von den Nationalsozialisten grundsätzliche Anerkennung ihrer Überzeugung, wenn sie für das Zentrum koalitionsfähig werden wollten. Darauf könne das Zentrum lange warten. Nicht an den Nationalsozialisten sei es, sich zu ändern, sondern am Zentrum. Es sei jetzt fünf Minuten vor 12 Uhr, es sei noch Zeit, daß sich das Zentrum eines Besseren besinne. In einigen Wochen und Monaten sei es zu spät. Dann werde die Geschichte über die Schwarzen, wie über die roten Marxisten“ zur Tagesordnung übergeben. Die Reichspräsidentenwahl, spätestens im April, und die preussische Landtagswahl, spätestens im Mai 1932, müßten die endgültige Entscheidung bringen.

Frankreichs Schulpropaganda im Saargebiet.

TU. Saarbrücken, 25. Nov.

Die Regierungskommission ist in ihrem letzten Vierteljahresbericht an den Völkerverbund zum ersten Mal auf die französische Schulpropaganda im Saargebiet eingegangen. Sie hat das aber

in einer Weise getan, die im Saargebiet keinerlei Befriedigung auslösen kann, denn aus der Darstellung der „untersuchten“ Fälle ergibt sich angeblich, daß von einem unzulässigen Druck nirgends die Rede sein könne. Die „Saarbrücker Zeitung“ bezeichnet diesen merkwürdigen Genfer Bericht als ein Musterbeispiel dafür, wie etwas formal richtig, in Wirklichkeit aber den tatsächlichen Vorgängen in jeder Weise widersprechen kann. Das Blatt schreibt dann weiter: „In unserem Archiv lagern Tüsende von Aufschriften aus Bergarbeiter-Kreisen, in denen wir auf die terroristischen Methoden der französischen Schulwerke mit der Bitte um Hilfe hingewiesen werden. Zumeist aber ist mit dieser Bitte um Schutz die Bitte um Diskretion verknüpft, weil man sie sonst um Kopf und Kragen bringe. Es gibt Tüsende von Bergleuten, die aus dienstlichen Gründen schüttert werden, ohne daß ein direkter Zusammenhang der Schikane mit dem französischen Verbotssystem nachgewiesen werden könne. Das Deutschland an der Saar wird durch diese Schulen nicht erschüttert, aber es werden Deutsche gequält und begarbt. Diese Deutschen werden einst Frankreich die Rechnung präsentieren.“

Japanischer Vormarsch auf Kantschou.

Harte Kämpfe im Süden Mufdens.

Moskau, 25. Nov.

Nach einer Meldung aus Peking rücken die japanischen Truppen gegenwärtig auf die Stadt Kantschou an der Peking-Mufden-Bahn vor, wo sich die Regierung und ein Teil der Truppen des Marichalls Tschanahueliana befinden. Nach dem nördlich von Kantschou gelegenen Gebiet sind bereits zwei Regimenter entsandt worden. Dienstäta haben harte Kämpfe im Bezirk Hantschou (Tianjing) südlich von Mufden begonnen. Nach einer japanischen Fliegeratade wurden die chinesischen Truppen nach Süden abgedrängt. Japanische Kavallerie hat ihre Verfolgung aufgenommen.

Die Schlacht zwischen Japanern und Chinesen südwestlich von Mufden endete, nach japanischen Meldungen, mit einem Sieg der Japaner. Die Chinesen sollen nach mehrstündigem erbittertem Kampf und nach harten Verlusten geflohen sein.

Deutschland und die Abrüstung.

Wir fordern gleiches Recht für alle.

Eine Rundgebung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände.

TU. Berlin, 25. Nov.

Der Arbeitsausschuss deutscher Verbände veranstaltete am Mittwoch abend im Sitzungssaal des Reichstags eine Rundgebung zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, bei der Vertreter aller Parteien, von den Nationalsozialisten bis zur Staatspartei, sprachen. Der Präsident des Arbeitsausschusses, Gouverneur z. D. Dr. Schneer, hob in seinen Eröffnungsworten hervor,

daß das deutsche Volk nicht gewillt sei, auf die Dauer den Zustand einseitiger Abrüstung zu ertragen,

der sein Recht verleihe und der mit seiner Sicherheit und seiner Ehre unverträglich sei. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, Ritter von Epp, legte das wehrpolitische Kräfteverhältnis in Europa dar. Das kommende Deutschland werde eine Behandlung mit Zug und Trug, mit List, Täuschung oder Vergewaltigung nicht mehr hinnehmen. Der Wirtschaftsparteiler Sachsenberg verlangte Abschaffung der technischen Abrüstungskonferenz, besonders zur Luft. Wenn die Abrüstungskonferenz diese Forderung nicht erfüllen wolle oder könne, so sei festzustellen, daß der Versailler Vertrag von den Mächten zertrümmert worden sei, die die in ihm geforderte Abrüstung verhindern haben.

Der deutschnationalen Redner, Fregattenkapitän a. D. Scheibe, ging auf die Rüstungslage zur See ein. Als Grundlage für eine all-

Preußen will durchgreifen.

Nachdrückliche Verfolgung von politischen und Wirtschaftsvergehen.

TU. Berlin, 25. Nov.

Die Zunahme schwerer Gewalttaten im politischen Kampf, die bedrohliche Vermehrung schwerer Verbrechen gegen das Eigentum, verbunden mit Angriffen auf Leib und Leben, die Aufsehen erregenden Verfehlungen im Geschäftsleben haben, dem Amtlichen Preussischen Presseblatt zufolge, dem preussischen Justizminister Anlaß zu eingehenden Erörterungen darüber gegeben, welche Maßnahmen getroffen werden können, um seitens der Justiz bei der Überwindung der jetzigen Krise mitzuhelfen. Der preussische Justizminister weist in einem Erlaß an alle Justizbehörden auf folgendes hin: Bei der Notlage, in der sich das Vaterland befindet, sei es Aufgabe der Strafrechtspflege, mit allen Kräften zu einer Befriedung des politischen Lebens und zu einer Gesundung der Wirtschaft beizutragen. Dazu sei vor allem eine rasche, tatkräftige und unerschütterliche Verfolgung dieser Straftaten notwendig. Nur wenn die Strafe der Schwere der Verfehlung und den von dem Täter verursachten sozialen und wirtschaftlichen Folgen entspreche, und wenn sie der Tat in kurzer Frist folge, bilde sie ein wirksames Mittel der Abwehr. Geboten sei vor allem, alle Tatkräftigkeit auf die Selbstverteidigung und rasche Aufklärung der Hauptpunkte des Verfahrens zu verwenden, alle zur Sicherung der Verfolgung zulässigen Maßnahmen ungehindert und ohne Anfechtung der Person zu ergreifen, namentlich auch rechtzeitig zu prüfen, ob die Bedeutung und die Umstände des Einzelfalles eine Verhaftung gebieten. In der Hauptverhandlung hätten die Vertreter der Anklage das Staatsinteresse und das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen. Bedingte Aussetzung der Strafe werde bei solchen Straftaten nur ausnahmsweise gewährt werden dürfen.

Die Staatsanwaltschaft habe durch Regelung ihres Bereichsinteresses die Gewähr dafür zu übernehmen, daß schleunige Untersuchungsmaßnahmen jederzeit ohne Verzögerung in Angriff genommen werden. Die Bekämpfung

wirtschaftlicher Straftaten sei besonders Sachbearbeitern zu übertragen. Zurechnungsfragen gegen die Vorstrafen über die Zurechnung der bei den Landesfinanzämtern eingerichteten Devisenbeschaffungsstellen zu verfolgen und in allen angelegten Fällen im Schnellverfahren zur Aburteilung zu drängen.

Der preussische Justizminister macht die Generalstaatsanwaltschaft und Oberstaatsanwälte in vollem Umfange dafür verantwortlich, daß die Staatsanwaltschaften den hervorragenden Gesichtspunkten überall Rechnung tragen. Er ruft ferner die Oberlandesgerichtspräsidenten und Landgerichtspräsidenten bei Auswahl der Untersuchungsrichter und bei der Geschäftsbearbeitung, ferner das Geiz und die Beharrlichkeit richterlichen Unabhängigkeit es zuzulassen, daß Sorge zu tragen, daß die Bearbeitung der politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Straftaten von größerer Bedeutung in die Hände von Richtern aeltest werden, die den besonderen Anforderungen, die diese Sachen stellen, in vollem Umfange gewachsen sind. Der preussische Justizminister wird noch in der ersten Hälfte des Dezember die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte zu einer gemeinsamen Besprechung einberufen, um die gemeinsame Durchführung der nach dem Erlaß erlassenen Maßnahmen mit ihnen zu erörtern. (Es wäre zu wünschen, daß auch die badische Justiz sich diese Stellungnahme zu eigen mache.) Die allein angelegte politische Verfolgung und wirtschaftliche Sauberkeit wiederherzustellen. (D. N.)

Moskau stellt um.

Probeweise Sechstagewoche.

o Moskau, 24. Nov.

Wie die sowjetische Telegrammagentur mitteilt, hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, daß beginnend mit dem ersten Dezember probeweise die Sechstagewoche in allen Unternehmen eingeführt werden soll. Die nicht unmittelbar mit dem unmittelbaren arbeitenden Teil der wirtschaftlichen Unternehmen verbunden sind. Die Entscheidung liegt jeweils bei den Volkswirtschaftsräten der Betriebe. Für den Übergang zur Sechstagearbeitswoche sind bestimmte Ausgangsdaten der Verordnung festgelegt, und zwar jeweils der 6., 12., 18., 24. und 30. Tag des Monats. Der 6. Tag der Woche wird in diesen Unternehmen generell als der Ruhetag festgesetzt. Zu gleicher Zeit wird die tägliche Arbeitszeit von 6 1/2 auf 6 Stunden herabgesetzt.

Do'nischer Willfürakt.

Die Deutschen in Ostpreußen sollen drohen gemacht werden.

TU. Rattowitz, 24. Nov.

Der Schlesische Sejm trat am Montag abend zu einer Sitzung zusammen. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise hatte die polnische Regierungspartei eine Reihe von weitgehenden und zum Teil mit der Verfassung in Widerspruch stehenden Anträge eingebracht. So wird die Einführung einer staatlichen Kontrolle der Schwerindustrie unter Beteiligung der Generaldirektion verlangt. Gefordert wird ferner die sofortige Entlassung aller in der Wirtschaftlichen Schließung noch beschäftigten Ausländer. Dieser Antrag richtet sich natürlich auf die in der letzten Sitzung des Sejm angetragenen Maßnahmen. Die Anträge sollen in der nächsten Sejm-Sitzung beraten werden.

Die sparen bei der Zahnpflege, wenn Sie die Chlorodont-Zahnpaste verwenden, denn eine kleine Menge genügt. Versuch überzeugt. Sagen Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen.

Pariser Symphonie-Orchester in Berlin.

Zum erstenmal seit dem Kriege kam ein ganzes Orchester, das „Orchestre Symphonique de Paris“ zum Besuch. Und wie man drüben Fortwächler und die Philharmoniker, Bruno Walter und das Gewandhaus-Orchester enthusiastisch gefeiert, nahm man auch in Berlin die französischen Musiker mit aller Herzlichkeit auf. Starker Applaus begrüßte die Gäste; war dies ein Akt der Höflichkeit, so war der begeisterte Beifall nach jedem Werk Ausdruck der allgemeinen Anerkennung.

Das Pariser Symphonie-Orchester ist eine Schöpfung des Dirigenten Pierre Monteux. Es ist erkrankt, daß es ihm gelungen, in vier Jahren eine Musikerorganisation zu bilden und zu erziehen, die solcher Leistungen fähig; die 90 zumeist noch sehr jungen Musiker — unter ihnen auch etwa 10 Damen — sind hervorragend diszipliniert. Wenn auch unsere besten deutschen Orchester in manchen überlegen sind, so ist dieses Orchester doch ein künstlerisches Instrument von hohem Rang. Die Bläser geben dem Gesamtklang seine besondere, abweichende Farbe. Vornehm und edel ist der volle Streicherklang, außerordentlich die Kultur der Spieler. Hauptwert wird auf den Klang gelegt, auf feinste Lösung des Kolorits und Abstützung der Dynamik. Pierre Monteux, berühmt geworden als unermüdlicher Vorkämpfer neuer Musik und seit vielen Jahren neben Mengelberg auch Leiter des Concertgebouw-Orchesters in Amsterdam, ist seit den Gastspielen des russischen Ballets in den Jahren 1911 und 1912 in Deutschland nicht mehr unbekannt. Er dirigiert vollkommen auswendig. Charakteristisch für ihn ist der Ausklang von maßvoller Beherrschung und lebendigem rhythmischen Gefühl, die Klarheit in Aufbau und Gliederung und ein ungewöhnliches Klangempfinden. In der richtigen

Erkenntnis, daß uns besonders an der autoritativen Wiedergabe französischer Musik gelegen sein mußte, spielte das Orchester ausschließlich Kompositionen französischer Meister. Die Hauptwerke waren Verdis große Symphonie Fantastique — von stärkster Eindringlichkeit die Teile „Der Ball“ und „Der Gang zum Nichtplatz“ — und Debussys impressionistische Tondichtung „La Mer“, die hier in eindringlicher Wiedergabe gegeben wurde. Zwischen den beiden Werken spielte der junge Pianist Francois Lang sehr elegant, sehr virtuös, aber ein wenig unpersönlich die „Symphonischen Variationen“ von César Franck. Ein wahres Meisterstück boten die Gäste mit Ravels „Rhapsodie Espagnole“, einer eigenartig erregenden Musik, in der das rhythmische Element immer wieder durchbricht, zu großen, tanzhaften Steigerungen führt, um dann in ein müdes Hindämmern zurückzufallen. Es ist auffallend, wie stark die innere Einheit der französischen Musik, wie trotz aller Stilwandlungen eine fast ungebrogene Linie von Verdis zu Ravel führt. Obwohl das Programm etwas zu umfangreich, folgte man den Darbietungen mit höchstem Interesse. Deutsche und französische Hörer waren gleichermaßen begeistert, immer wieder mußte Monteux für den Applaus danken, immer wieder erhoben sich die Musiker von ihren Plätzen. Und unter fürstlichem, etwa 20 Minuten währenden und sich immer erneuernden Beifall endete das herrliche Konzert.

Dr. Arno Huth.

Theater und Musik.

Liederabend Heidi Paulde.

Die Tatsache, daß die Altistin Heidi Paulde die Vortragsfolge des Konzertes des Karlsruher Studentendienstes allein und zwar mit durchschlagendem Erfolg bestritt, stellt der Künstlerin das beste Zeugnis aus. Gleich bei der seltenen Wiedergabe der vier biblischen Gesänge von Dvorak war die Stimmung ge-

wonnen; es fiel unüberhörbar der tiefe, verantwortungsbewusste künstlerische Ernst der Sängerin auf; ihr Vortrag beruht auf einer gleichzeitigen gefühlvollen, wie gedanklichen außerordentlichen Durchdringung. In beglückender Differenzierung wurde jede Schwebung, jede dynamische Gegebenheit beobachtet und die Melodielinie mit dramatischen Akzenten herausgearbeitet. Die wohlklangliche Altstimme mit ihren bezaubernden Tönen, besonders in der Phrasierung der Schönenlieder, folgt jedem Ausdrucksverlangen. Die Stimmführung in Mittel- und Tiefe ist vorzüglich und geht auf sammtliche Gänge aus, in den der defekte und den lauchiger befehlende Ausdruck eingebettet wird — der Ausdruck einer geschlossenen und starken künstlerischen Persönlichkeit. In musikalische Tiefen führte die Hymne an den Unendlichen, Dikmar Schroeds Lieder, des Schweizerischen Komponisten, sind in ihrer Eigenheit nicht sofort eindringlich, doch auch hier erlosch die Sängerin in dem melancholischen, durchgehend in tiefen Tönen gehaltenen „Madonna“ und in dem farbig aufblühenden „Winkeln“ den Gehalt. Richard Strauß machte den Beschluß des Konzertes abends. „Reimkehr“, „Nachgang“, sowie das schelmische, in einer befruchtenden Lebendigkeit und Schwungvoll erfassten musikalischen Geistesart gegebene „Schlechte Wetter“ kamen zu Gehör. Kein Wunder mußte die mit lebhaftem und steigendem Beifall und einer Blumenfülle ausgezeichnete Künstlerin diese letzten Gabe wiederholen. Hier insbesondere erquickte die in seltenem Maße einführende Begleitung des jungen Pianisten Hermann Bisler, wie überhaupt dieser Künstler in allen Programmnummern untadelig seine Aufgabe erfüllte.

J. W.

Erstaufführungen in Wiesbaden.

Am Wiesbadener Staatstheater gab es zwei ungleiche Premieren an einem Abend. Der erste Teil des Abends brachte in Anwesenheit des

Komponisten das musikalische Zeitpiel „Freitag bis Donnerstag“ von Carl F. Pillemer. Das Stück war auf dem ersten rheinischen Musikfest in Essen zum erstenmal aufgeführt und ist jetzt vom Wiesbadener Staatstheater als erster Bühne in den Spielplan aufgenommen worden. Auch wenn es durch ein Musikfest sanktioniert wurde, erinnert es nur von ferne noch an die Gattung Oper. Es ist eine nur lose verknüpfte Szenenfolge nach dem Beispiel Kurt Weills und bedient sich einer Mischung aus Oper und Sprechoper. Aber auch der musikalische Gehalt der Oper, besonders der Songs unter der Begleitung eines kleinen Jazzorchesters ist mager, nur das Lied von Regler zündet. Das geprophete Wort des Bruno Schönlank verfaßten Textes, der ein paar Aushüfte aus dem Privatleben des Wiener Arbeiter mit dem Sentimentalität der sozialen Lamentos, in manchen Stellen allerdings auch recht witzig behandelt, hat der Oberhand. Das Werkleben der Arbeiter kommt mit Filmen, wie man das von Schmidt gelernt hat, zur Geltung, jedoch viel zu schwach für die offensbare Absicht der Verfasser. Ein trauriger Gegensatz ist denkbar zu diesem Werk auf äußerer Primitivität gestellten, jedoch das darauf als deutliche Uraufführung folgende, das faszinierende Ballet „Dorroschen“ von F. Kowalsky, mit seinem dekorativen Prunk. Die Musik ist in den deutschen Konzerten zum Teil schon in der Fassung als Orchesterwerke bekannt. Sie ist süß, schmückende Lust, die auch Gefühlswelt der deutschen Märchen, die eine Fülle von Entfaltungsmöglichkeiten in den tänzerischen und pantomimischen Ausdrücken bietet. Das Wiesbadener Theater, das in der vorigen Spielzeit schon Tschakowsky „Mazepa“ zum erstenmal in Deutschland gegeben hat, erwarb sich zweifellos mit dieser zweiten Tschakowsky-Uraufführung einen verdienten Beifall. Das Publikum nahm das Ballet begeistert auf, das Zeitpiel Pillemer's Kunst und nur amüsiert.

Minister und Präsidenten

Der Werdegang führender Männer der Gegenwart

Zusammengestellt von Curt Seibert

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

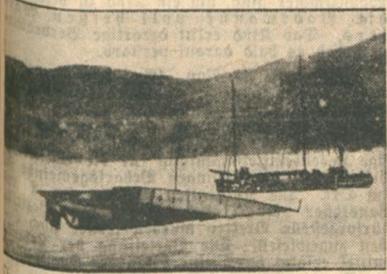
(I. Fortsetzung.)

Lloyd George, der Redner.

II.

Gleich in seiner ersten Rede griff er die Minister Chamberlain und Lord Randolph an und war den ehrwürdigen Premierminister Gladstone. Sie wehrten sich natürlich, trafen aber auf einen harten Boxer, der unerbittlich auf sein Ziel losging, den armen Bauern zu helfen und den Lords und Großgrundbesitzern Unannehmlichkeiten abzurufen. Seine Schlagfertigkeit ist erstaunlich. Von ihm stammt während des Kampfes gegen die Suffragetten ein berühmtes Wort. Als ihm die berühmteste Miss Southurst zurief: „Wenn ich Ihre Frau wäre, würde ich Ihnen Gift geben,“ antwortete er unter dem schallenden Gelächter des Hauses:

Das Ende des „Nautilus“.



Nordpol-U-Boot verschwindet für immer in der Tiefe.

„Wenn ich Ihr Mann wäre, würde ich es tun.“ Lloyd George in seiner suadatorischen Art gehört zu den wenigen Rednern, wofür man den Namen nicht hören muß, weil es immer den Eindruck hat, als ob er selber daran glaube, was er sagt. Er ist ein großer Schauspieler, und wenn es darauf ankommt, dann weint er.

Der Regierung wurde er bald so unangenehm, daß man ihm einen Ministerposten anbot. Auf diese Stelle glaubten die einen, ihn auf ihre Seite zu ziehen; die anderen hofften, er würde als Minister bald den Hals brechen und für immer erledigt sein. Aber Lloyd George, der immer mit großem Eifer für das Home Rule in Wales getritten und eine Sozialreform eingetretet war, fand sich 1905 als Dankepräsident sehr gut zurecht, denn er ist ein Mann, der alles kann. Innerhalb von wenigen Monaten hatte er eine Eisenbahnlinie beigelegt, ein neues Patente Gesetz eingeführt und sich so beliebt gemacht, daß er bald darauf Schatzkanzler wurde. Im Gegensatz zu anderen, bereifte er ein einziges europäisches Land, darunter auch das Reich, um Studien an Ort und Stelle machen zu können. Da brach 1909 der Burenkrieg aus, und Lloyd George als Kapitän und Kriegsgeneral bereitete das ganze Land auf den Krieg ein, wobei es zu furchtbaren Opfern kam. In den meisten Städten ließ man die Häuser nicht zu Ende bauen; mehrfach mußte man die Häuser abbrechen, um sie wieder aufzubauen, und einmal wurde er so mit Steinen beworfen, daß er um ein Haar dem Tode entging.

Und somit betätigte er sich immer mehr für einen dauernden Frieden und gegen die Kriegsbewerber. Er hielt Reden gegen die Dreadnoughts, die die Engländer von dem für sie schrecklichen Gedanken einer Invasion, suchte Frieden mit allen Ländern, auch mit Deutschland, be-

tätigte sich im übrigen als großer Reformator, immer agil, immer lebhaft, immer lustig und immer bereit, etwas Neues zu beginnen, niemals Ruhe findend, ewig hebest, aber stets auf dem Posten. 1911 brachte er im Unterhaus die Kranken- und Arbeitslosenversicherung durch und stand damals auf der Höhe seines Ruhmes, als er die Unvorsichtigkeit beging, in Marconis Ähren zu treten und den Versuch zu machen, das Steigen und Fallen der Aktien vollständig zu beeinflussen. Englands beliebtester Vorkriegsminister mußte auf die Anklagebank und hatte sich dort wegen Aktienkorruption zu verantworten, kam aber noch einmal mit einem blauen Auge davon.

Seine höchste Machtposition erreichte er während des Krieges, nachdem eine völlige Wandlung mit ihm vorgegangen war. Nachdem er den Krieg nicht hatte verhindern können, setzte er sich nun als Munitionsmminister mit aller Energie für einen entscheidenden Sieg ein. In dieser exponierten Position baute er 1000 Munitionsfabriken im Lande, erlangte das Wort vom Durchhalten und sagte einmal: „Der Krieg endet erst, wenn aus der Siega leuchtet.“ Als echt englischer Patriot hatte er erkannt, daß der Krieg für England Sieg oder Untergang bedeute und raffte nun alle Energien des Landes und der Verbündeten zusammen. 1916 wurde er Kriegsminister, dann Premier mit diktatorischer Gewalt und durfte man als der eigentliche Ministerpräsident des Weltkrieges gelten. Erst im

Jahre 1922 trat er zurück, und nun ging wieder eine Wandlung mit ihm vor, denn jetzt suchte er zerstückte Fäden wieder zu ordnen und aufzubauen, was eingestrichen war. Er wurde der Führer der Liberalen Partei und ist heute, wenn auch im Hintergrunde, das, was er immer gewesen war: einer der fähigsten Köpfe, die England je hervorbrachte, und nur deshalb so groß geworden, weil er die Armut an eigenen Seibe verpörrt hat, und weil er immer dann, wenn ihm eine neue Aufgabe übertragen wurde,

nicht von anderen lernen wollte, sondern aus eigener Anschauung heraus den Dingen näher trat und erst dann handelte. Er ist nicht mit allzuviel Wissen beladet, verfügt aber über einen scharfen Verstand, eine anhaltende Rednergabe und sehr viel Glück im Leben. Heute ist Lloyd George, dem seine Kriegserinnerungen allein eine Million Dollar eintrugen, ein schmerzreicher Mann.

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe.)

Raffinierter Betrügertrick.

Wieder ein vorgekaufter Autobrand.

Düsseldorf, 25. Nov. Der Kaufmann Fritz Croom, in Burscheid wohnhaft, hat am Montag gegen 21 Uhr mit seinem Kraftwagen ein Dladen verlassen, um sich nach Burscheid zu begeben. Dort ist er nicht eingetroffen. Am Dienstag gegen 1.30 Uhr wurde sein Wagen kurz vor Benrath brennend vorgefunden. Von Croom fehlt jede Spur.

Croom war von seiner Firma, der Kreis-Obst- und Gemüsegewerkschaft in Dladen vor einigen Tagen beurlaubt worden, da er im

Verdacht stand, an den Veruntreuungen des bereits entlassenen Geschäftsführers der Firma beteiligt gewesen zu sein. Er soll noch einen größeren Geldbetrag bei sich gehabt haben. Wie eine Düsseldorf-Zeitung zu berichten weiß, will ein Mann, der zufällig an dem Kraftwagen vorüberkam, beobachtet haben, daß

zwei Männer mit Ausbesserungsarbeiten an dem Wagen beschäftigt

waren. Als er 100 Meter von der Stelle entfernt gewesen sei, habe der Kraftwagen nach starkem Hüpen plötzlich in Flammen geht und beiden Männern sei jedoch bereits mit einem Motorrad verschwunden gewesen. Es ist also anzunehmen, daß Croom nicht einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Höchstwahrscheinlich ist er geflohen. Bei dem Kraftwagenbrand dürfte es sich um ein Verbrechen handeln. Darüber, ob Croom tatsächlich Unterzahlungen begangen hat und wie hoch die veruntreute Summe ist, kann zurzeit noch nichts Genaues gesagt werden.

Die Potsdamer Bestechungsaffäre.

Wie die Durchstechereien möglich waren.

Potsdam, 24. Nov.

Gegen den Stadtbauamtman Kießling ist der richterliche Haftbefehl wegen Bestechungsaffäre erlassen worden. Der Bauingenieur Gerbracht ist jedoch aus der Polizeihaft entlassen worden. Weitere Verhaftungen würden jedoch, wie von polizeilicher Seite erklärt wird, für den Fall, daß Unternehmer so stark verdächtigt würden, daß zur Untersuchung gegen sie geschritten werden müßte, nicht erfolgen. Es genüge vollständig, die Bücher in der Hand zu haben. Es ist jetzt auch einigermaßen klar, wie Kießling den Mischendorfer Bauunternehmer Dübener bezogen konnte. Da Kießling selbst, obwohl er mittlerer Beamter war, bei Gejuchen die Briefumschläge öffnete, hat er wahrscheinlich zuerst den Dübener'schen Briefumschlag, der irgendwie kenntlich gemacht war, geöffnet und vorgelesen. Mit der Zahl hat er sich dann nach den vorher vorgelesenen Angeboten gerichtet. Es ist jedoch noch nicht klar, auf welche Weise und mit welcher Geschwindigkeit dann ein neues Angebot untergeschoben wurde. Dies war nämlich notwendig, da nach der Vorkennzeichnung der Angebotszahlen die Umschläge mit den Angeboten an die Rechnungsprüfungsstelle gingen. Die Firma Dübener wurde übrigens auch irgendwo bei der Angelegenheit des Kreissteinbruchwerkes des Amtes Zauch-Belzig beteiligt. Die Kreis-Steinbruch Aktiengesellschaft war vor einigen Monaten mit 400 000 RM. Schulden zusammengebrochen. Pöblich konnte Dübener das Werk für nur 35 000 RM. kaufen. Die Untersuchung in Potsdam wird jetzt auch auf gewisse Hochbauten ausgedehnt.

Vor einer Wendung im Calmette-Prozess?

Ein Vorstoß gegen die Angeklagten. — Ein wichtiger Zeuge.

Lübeck, 25. Nov.

Die Mittwoch-Verhandlung im Calmette-Prozess begann wieder mit einem Zwischenfall. Rechtsanwalt Dr. Hoffmann, der Verteidiger von Dr. Altkädt beantragte, zahlreiche Zeugen aus allen Ländern der Welt, sowie auch Dr. Ritter zu hören, der auf der deutschen Tuberkulosekonferenz 1931 in Norderny beirnt habe, daß die Lübecker Zeigte sich vom wissenschaftlichen und sozialen Standpunkt aus für berechtigt halten dürften, das Verfahren anzunehmen. Darauf unternahm Rechtsanwalt Dr. Frey einen außerordentlich scharfen Vorstoß gegen die Angeklagten. Er führte aus, daß dieser Beweisanspruch offenbar nur gestellt worden sei, um den Prozeß zu verschleppen. Wenn das Mittel an hunderttausenden von Kindern ohne Schädigung in allen Ländern verabreicht wurde, solle man doch endlich über das Geheimnis der Lübecker Giftpsychose Aufklärung geben. Er frage auf Ehre und Gewissen die drei Herren, ob sie nicht in der Lage seien, durch eine offene Erklärung (!) diesen Prozeß abzukürzen.

Die Vernehmung Dr. Rissoms, des Vorsitzenden des ärztlichen Vereins in Lübeck, bringt dann eine wesentliche Aussage, die auf Beschluß des Gerichts protokolliert wird. Er habe in der Versammlung des ärztlichen Vereins u. a. folgendes erklärt: Ich halte mich in diesem Kreise für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß es in der deutschen Verzeigte bisher üblich gewesen ist, vor der Einführung ausländischer Verfahren die Prüfung dieser durch unsere deutschen wissenschaftlichen Untersuchungsstellen abzuwarten und wenn gar die Prüfung dieses Verfahrens in Deutschland durch außenpolitische Umstände erschwert worden ist, indem den deutschen Prüfungsstellen das Mittel aus politischen Gründen vorenthalten wurde, so mußte man doch Bedenken haben, dieses Verfahren inoffiziell in Lübeck einzuführen. Dr.

Altkädt erklärte darauf, die Äußerung Dr. Rissoms, daß man noch die Untersuchungen abwarten solle, sei ihm nicht in Erinnerung.

Das Loch im Westen.

Der Umfang des Schmuggels an der westdeutschen Grenze.

© Berlin, 25. Nov.

Amlich wird mitgeteilt: Wie bereits bekannt, hat der Schmuggel unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere im Westen des Reiches, einen außerordentlichen Umfang angenommen. Die Zollverwaltung hat zu seiner Bekämpfung umfangreiche Maßnahmen getroffen, deren Erfolg aus den nachstehenden Angaben ersichtlich ist. In der Zeit vom 1. April bis 30. September 1931 sind in den drei westlichen Landesfinanzamtsbezirken (Düsseldorf, Köln, Münster i. W.) insgesamt 21 000 Aufgriffe von Schmugglern erfolgt. Dabei haben u. a. folgende Waren beschlagnahmt werden können: 17 540 000 Zigaretten, 30 000 Zigarren, 78 000 Festigen Zigarettenpapier, 22 100 Kilo sonstige Tabakerzeugnisse, 40 600 Kilo Kaffee, 203 300 Kilo Getreide, 97 600 Kilo Mälereierzeugnisse, 7780 Kilo Zucker, 118 Kilo Tee, 550 Kilo Schokolade, 1200 Kilo Kaka, 1670 Kilo Gemüse und Obst, 650 Fahrräder, 118 Kraftwagen, 86 Kraftwagen, 2960 Kilo Benzin, 220 Petroleum, 620 Kilo Fleischwaren, 285 Kilo Backwerk, 715 Stück Geflügel, 107 Hter Weingeist.

Diese Zahlen sind nicht nur geeignet, annähernd eine Vorstellung von dem Umfang und der wirtschaftlichschädlichen Wirkung des Schmuggels zu vermitteln. Sie geben auch etwa einen Begriff davon, welche aufreibende und unermüdlige Tätigkeit der Zollbeamten ständig erforderlich ist, um Aufgriffe in diesem Umfang zu erzielen.

042 Telegramm aus mannheim

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit von Mnhm. durch

1200 Le

Deutsche = an alle hausfrauen =

durch

an

= sensationelle preissenkung für vim =

= normaldose nur noch 20 pfg = doppeldose 35 pfg =

= dazu auf jeder dose wertvoller gutschein =

= besseres universal-putz = u. scheuermittel

für so wenig geld gibt es nicht =

= sunlicht a.g. =

005 V-25-61

Badische Rundschau.

Oppenauer Brief.

An Allerheiligen hielt bei strömendem Regen der Badische Schwarzwaldbund beim Ehrenfest eine Gefallenfeier ab, und am darauffolgenden Sonntag hatte das Kirchspiel Oppenau den Gedächtnistag für die Opfer des Weltkrieges. Sämtliche Vereine, die Behörden und sonstigen Korporationen begaben sich geschlossen, unter Vorantritt der Stadtmusik, zum Gedächtnisgottesdienst. Der Turnverein legte am Ehrenfest im Stadtpark einen Kranz nieder. Die Ansprache hielt Herr Bürgermeister Wehinger.

Abends fanden zwei Vereinsveranstaltungen statt. Der Schützenverein hatte im Hotel Adler Preischießen. Der Kath. Gefallenverein gab im Brudersaal eine Theateraufführung. Beide Veranstaltungen wiesen guten Besuch auf und ein nur zufälliger Beobachter hätte sicherlich den Eindruck erhalten, als ob Oppenau keine Not kenne und gegenseitig großer Friede herrsche. Doch der Schein trügt. Vor Wochen erhitzten sich die Gemüter beim Besuch der Gefallenfeier der Gemeindefreien, jetzt herrscht schwere Fehde zwischen den Metzgern und den Landwirten. Als die Schlachtviehpreise einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreichten, gingen die Bauern, wie fast überall, dazu über, selbst zu schlachten und pflanzliche das Fleisch auszuwiegen. Schlechte Geschäfte machen auch die Bierbrauer. Es gibt ungenügende Vorkühe, die wöchentlich kaum eine Kiste Bier verbrauchen, da bei den billigen Weinpreisen selbst „notorische“ Biertrinker zum Weine übergingen. Auch die Kolonial- und Feinstoffgeschäfte stehen in hartem Konkurrenzkampf. Schwere Debatten ruft auch die Vergebung der Bauarbeiten unserer Kanalisation der Oberstadt hervor. Drei Unternehmer hatten sich darum beworben, darunter ein Oppenauer. Da sein Angebot aber etwa 10 Prozent höher war, als das eines Auswärtigen, war die Entscheidung schwer.

So erregen sich die Gemüter über die verschiedensten Dinge — Erscheinungen der wirtschaftlich schweren Zeit.

Die Oberbadische Bauernpartei gegen den Landtagsabgeordneten Hilpert.

Waldbüh, 25. Nov. Die Badische Bauernpartei, Bezirk Waldbüh, hat zum Uebertritt des Abg. Hilpert zur Zentrumspartei eine Entschließung gefasst, in der es u. a. heißt: „Die in Oberlandringen versammelten Vertreter der Badischen Bauernpartei und des Landtages des Bezirks Waldbüh stellen fest, daß Abg. Hilpert den Uebertritt zum Zentrum ohne Befragen der Organisation vollzogen hat und nicht genehmigt, deshalb ihm die Berechtigung zur Ausübung seines Mandats abzuziehen. Abg. Hilpert behauptet, daß die im Februar 1931 stattgefundene Versammlung der Badischen Bauernpartei in Oberlandringen ihm das Vertrauen ausgesprochen habe, unterläßt aber dabei zu bemerken, daß er damals den Uebertritt zum Zentrum energisch im Hinblick darauf das Vertrauen zur weiteren Ausübung des Mandats ausgesprochen wurde.“

In der weiteren Entschließung wird die Auflösung des Landesverbandes der Badischen Bauernpartei bedauert und der Beschluß mitgeteilt, die Bezirksorganisation zu betriebsmäßig zu halten. Die rapid fortschreitende Verarmung der Landwirtschaft beweise, daß ihre Interessen durch die bisherigen Regierungen nicht gewahrt wurden. Als jüngster Beweis diene der Austritt der landwirtschaftlichen Vertreter aus dem Reichstagsrat. Die heutige Regierungsmehrheit sei eben nicht in der Lage, und wohl auch nicht willens, für die deutsche Landwirtschaft das zu tun, um den Zusammenbruch von Millionen bäuerlichen Betrieben aufzuhalten. Im Schluß der Entschließung wird nochmals die Auffassung betont, daß der Landesverband als berufsständische Organisation unter allen Umständen beibehalten werden müsse.

Dienststrafverfahren gegen Pfarrer Edert.

Die mündliche Verhandlung vor dem kirchlichen Disziplinargericht gegen Pfarrer Edert ist auf Freitag, den 11. Dezember festgesetzt.

Ergebnislose Bürgermeisterwahl.

Weingarten (S. Durlach), 25. Nov. Die mit großer Spannung erwartete Bürgermeisterwahl verlief ergebnislos, da keiner der beiden angetretenen Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl von 35 Stimmen aufbrachte.

Die Ruinen einer römischen Villa.

Sie wird wieder zugestühtet.

Säckingen, 24. Nov. Etwa 500 Personen waren am Sonntag aus dem Badischen und aus der Schweiz zusammengekommen, um auf dem sogenannten Bepberg bei Schupfart die Ruinen einer sehr umfangreichen römischen Villa zu besichtigen. Die Villa, die bis zu den Kelleranlagen freigelegt worden war, ist in der ersten Hälfte des nachchristlichen Jahrhunderts erbaut worden, zwei mal abgebrannt und beides mal umfangreicher wieder hergestellt worden. Auf dem linken Hügel befand sich das Herrschaftshaus mit Vestibül, Kuchelbauwerken, Wohnräumen, im Westteil lag die Küche, ganz frei mit Abwässerung, Nebenanlagen usw. Noch weiter nach Westen vorgeschoben waren die Defensivgebäude, die sich um einen überdeckten Hof gruppierten. Die ganze Anlage ist recht merkwürdig; auf der badischen Seite des Oberberges kennt man sie nicht. Keramik aus dem ersten und zweiten Jahrhundert, gewöhnliches Geschloß, Glaswaren, Eisenwaren, Werkzeuge, drei Münzen mit dem Bilde des Arippa, des Vespasian und des Antonius Pius sowie eine rundervolle Gemme in Lapislazuli wurden

aufgefunden. Die Ruinen werden bis zum Donnerstag noch offen gehalten, dann werden sie wieder zugestühtet, weil der Frikal-Badische Vereinigung die Mittel fehlen, sie zu erhalten. Eine Lebenswürdigkeit hatte die Villa noch: Im Keller lag ein riesiger Sandsteinblock, der als Unterlage einer Säule diente, im Gewicht von 30—35 Zentnern, der aus der Gegend stammt. Man fragt sich, wer diesen Block auf den Bepberg gebracht hat. Die Frikal-Badische Vereinigung will ihn an der Stelle schaffen, wo früher der Fürstengrafbühl Tegetill stand.

Die Brandseuche im Lande.

G. Wolfach, 24. Nov. Gestern abend gegen acht Uhr war in Oberwolfach auf dem Grün im Hause des Kaufmanns Friedrich Brülle Feuer ausgebrochen. Die Oberwolfacher Feuerwehr, mit der später eingetroffenen Motorspritze von hier, konnte nach längerer Arbeit das Feuer, das sich im Dachstuhl gebildet hatte, zum Erlischen bringen. Der Dachstuhl ist völlig ausgebrannt, das untere Stockwerk wird auch kaum noch zu bewohnen sein, da dasselbe durch Wasser sehr beschädigt ist. Fast das ganze Inventar und das Vieh

Der Neubau der klinischen Krankenhäuser in Freiburg.

Vor der Eröffnung.

In einer außerordentlich schwierigen Zeit ist in Freiburg ein bedeutendes Werk seinem Ende zugeführt worden: Der Teil der klinischen Krankenhäuser ist vollendet. Er wurde am Mittwoch von Mitgliedern der Regierung und des Badischen Landtags in Augenschein genommen u. wird am Dienstag den 1. Dezember seine offizielle Inbetriebnahme erfahren. Der Neubau war eine unbedingte Notwendigkeit, nachdem die bisherigen zur Verfügung stehenden medizinischen Kliniken durchaus veraltet waren. Der älteste der Bauten dieser medizinischen Kliniken stammte aus den Jahren 1826—1829. Im Jahre 1926 wurde zwischen der badischen Regierung und der Stadt Freiburg eine sogenannte Klinikvereinbarung geschlossen, um wenigstens die dringlichsten Bedürfnisse durch den Neubau einer medizinischen, einer chirurgischen Klinik mit orthopädischer Abteilung, samt den nötigen Betriebs- und Wirtschaftsräumen zu erfüllen.

Die Ausführung des Klinikbauprogramms oblag nach dem Entwurf und unter der Oberleitung des Oberregierungsbaurats Adolf Lorenz dem Bezirksbauamt Freiburg, dem ein besonderes Klinikbüro mit maschinentechnischer Abteilung angegliedert wurde. Am 6. November 1926 fand die feierliche Grundsteinlegung der Medizinischen Klinik statt. Das Rückstift dieses Gebäudes war am 17. Dezember 1927 und mit dem Ausbau wurde im Juli 1928 begonnen. Der Rohbau der Chirurgischen Klinik wurde im Mai 1928 in Angriff genommen, der der Betriebs- und Wirtschaftsgebäude im Mai 1929. Die zur medizinischen Klinik gehörenden Tuberkulose- und Infektionskrankengebäude mit Verbindungsgängen und Liegehallen sind im Oktober 1930, die Strahlen- und Gartenbestellungen im Februar 1930 begonnen worden. Die Desinfektionsgebäude, Tierkäufe, Werkstätten etc. wurden Mitte 1931 in Angriff genommen. Als letztes Gebäude wurde im Juli dieses Jahres das Nebengebäude erster und zweiter Klasse der chirurgischen Klinik begonnen. Mit Ausnahme des letztgenannten Gebäudes können alle Kliniken im Dezember in Betrieb genommen werden.

Die Kosten der bisher ausgeführten Bauten betragen einschließlich innerer Einrichtung, Apparate, Gärten und Einfriedigung 15,3 Millionen RM. Davon trägt der badische Staat drei Fünftel, das sind etwas über rund 9,1 Millionen und den Rest mit über 6,1 Millionen die Stadt Freiburg. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Betriebs- und Wirtschafts-Anlage bereits für alle vier Kliniken gebaut ist, also auch für die noch fehlenden Frauen-, Hals-, Nasen- und Ohren-Klinik. Die Vollendung des ganzen Klinikums würde noch rund acht Millionen Mark erfordern. Es muß eine bessere Zeit abgewartet werden, die die restlose Durchführung des ganzen Bauwerks ermöglicht.

Der Hauptbau der medizinischen Klinik ist vierstöckig; sie umfaßt 243 Betten. Von allen Ecken aus kann man die Betten unmittelbar auf die daneben befindlichen Liegehallen hinauschieben. Außerdem enthält dieses Gebäude einen Hörsaal mit 220 Sitzen u. Vorbereitungsräumen. Die Chirurgische Klinik umfaßt insgesamt 367 Krankbetten dritter Klasse und einen Hörsaal von 206 Sitzen, in dem auch Operationen vorgenommen werden können. Eine besondere aseptische Operationsabteilung liegt im ersten Obergeschoß und hat einen großen aseptischen Operationsaal mit drei Operations-tischen. Die erste und zweite Klasse der chirurgischen Klinik mit zusammen 28 Betten ist in einem einstöckigen Nebengebäude untergebracht.

Zu diesen Bauten treten, wie oben schon erwähnt, hinzu die Infektionsstationen und die Betriebs- und Wirtschaftsgebäude, die vielfach untereinander durch unterirdische Gänge verbunden sind. Die zentrale Kochküche kann nach ihrem Vollausbau täglich für 1500 Personen Essen bereiten. In dem Bereich der Betriebs- und Wirtschaftsgebäude liegen auch die zentrale Waschküche, das besondere Maschinen- u. Kesselhaus und die Desinfektionsgebäude.

Trotzdem im Hinblick auf die jetzige Zeit bei der Bauausführung und vor allem auch bei der Inneneinrichtung große Sparmaßstäbe abzuhalten

konnte gerechtfertigt werden; der Schaden beläuft sich auf mehrere Tausend Mark. Die Brandursache ist noch nicht bekannt.

(Wehrstr., 25. Nov. In der Nacht zum Mittwoch brannte in Gutenstein das Anwesen des Eduard Blender vollständig nieder. Das Gebäude war eines der größten und schönsten im Ort und erst vor einigen Jahren errichtet worden. Das lebende und zum Teil auch das tote Inventar konnten gerettet werden. Die Brandursache wird in dem Heizkasten eines elektrischen Motors vermutet. Der Schaden beträgt über 30 000 Mark und ist durch Versicherung gedeckt.

Schwerer Motorradunfall.

Mr. Altenheim (Ried), 25. Nov. Der bei der Firma Hüblin u. Co. in Ried beschäftigte Zimmermeister Johann Michael Fritzi von hier kam am Samstag abend bei der Altenheimer Mühle mit seinem Motorrad auf der nassen Straße ins Rutschen und stürzte so unglücklich, daß er mit einem komplizierten Schädelbruch und einer schweren Gehirnerschütterung liegen blieb. Oberzolinspektor Offermann, der im selben Augenblick mit seinem Wagen die Unfallstelle passierte, brachte den Schwerverletzten in seine Wohnung, wo er erst am Sonntag mittag wieder das Bewußtsein erlangte. Auf ärztliche Anordnung hin wurde er dann ins Krankenhaus nach Offenburg überführt.

Der Syrischleberprozeß.

Noch keine Terminfestsetzung. — Offenburg, 25. Nov. Wie das „Offenb. Tagbl.“ von zünftiger Seite erfährt, ist bisher ein Termin für den großen Syrischleberprozeß der bekanntlich mit dem Zusammenbruch des „Fürsten des Banauerlandes“ zusammenhängt, nicht festgesetzt worden, so daß in den nächsten Wochen mit dem Beginn des Prozesses nicht zu rechnen ist.

Der Schmuggel auf dem Untersee.

Ueberlingen, 25. Nov. Zu der Schmutzangelegenheit auf dem Untersee wird weiter gemeldet, daß es sich um einen groß angelegten Schmuggel, der schon seit einhalb Jahren auf dem Untersee zwischen Wangen und Mammern besteht, handelt, bei dem hauptsächlich Karze, Zuder, Mehl usw. in großen Mengen über die Grenze gebracht wurden. Der Schmuggel wurde mit Ruderbooten ausgeführt. Es sind daran etwa 25 Personen beteiligt, darunter auch eine Anzahl von Geschäftsleuten. Mehrere Personen sind bereits verhaftet und ins Amtsgefängnis nach Radolfzell eingeliefert worden. Die Verhafteten haben ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Kleine Rundschau.

o. Karlsdorf, 25. Nov. (Rascher Tod.) Folge einer geringen Kopfverletzung trat bei dem 12 Jahre alten Egon Riffel der Wundstarrkrampf ein, dem er in drei Tagen erlag.

Altschweier (bei Bühl), 25. Nov. (Verbrennung.) Das älteste Kind der Familie Johann Bauer stürzte, während die Mutter von der Küche in die Wohnstube ging, um ein Kind zu betten, die Badewanne voll heißen Wasser über sich. Das Kind erlitt derartige Verbrühungen, daß es bald darauf verstarb.

1. Wülfingen, 24. Nov. (Aus dem Gemeinderat.) Gegen sämtliche Nichtsteherschuldner Zwangsvollstreckung eingeleitet werden. — Der Verkehrsverband der Kreisbauern hat einen Beitrag von 10 Mark gewährt. — Die diesjährige Lebensmittelfammlung für die Winterhilfe bleibt, da Wülfingen Bedarfsgemeinde im Ort ist, die Naturalien werden im Pfarrhaus aufgestellt eingelagert. Von der Bezirksfürsorgebehörde wurden ferner noch 1000 Mark zugewiesen. Die Verteilung der Lebensmittel erfolgt durch eine besondere Kommission. — Da die Mittel fehlen, kann die vom Staatsamt Breiten geforderte Bestückung der Landstraßen und Kreiswege einmündender Feldwege vorerst nicht ausgeführt werden. Die Anregung des Bezirksamtes Breiten zur Vereinigung der Gemeinde Dürrenbüchig mit Wülfingen wird abgelehnt.

Kappelrodt (S. Achern), 25. Nov. (Erdrückung.) Der 27jährige Josef Kraber wollte einen beladenen Landwagen nach Hause fahren. Auf einem abschüssigen Wege stürzte der Wagen um und begrub den Mann unter sich. Da er von dem Last nicht befreien konnte, wurde er von dem Wagen erdrückt.

Offenburg, 25. Nov. (Weitere Verurteilung im Freireiter Mordprozeß.) Wie man hört, wurde auch für den dritten Angeklagten im Freireiter Mordprozeß, David Schütt, vollstet sein Verurteilung Revision eingelegt.

Schriesheim, 25. Nov. (Verhängnisvoller Mordprozeß.) Der 12jährige Sohn der Familie Bauger hatte aus der Schule ein Messer mitgebracht. Als er die Waffe seinen Eltern zeigen wollte, entlief sie sich und traf die Mutter in den Rücken, wobei die Kugel in der Brust stecken blieb. Die Verletzte wurde sofort ins Hebelberg überführt. Die Ärzte hoffen, sie am Leben zu erhalten.

Bereinigung von Gemeinden und Orten.

Vorerst nur vorbereitende Maßnahmen.

Die Pressestelle beim Staatsministerium schreibt uns:

In einigen Landesteilen ist über die Frage der Zusammenlegung kleiner Gemeinden eine merkliche Erregung entstanden, die nicht nur in der Presse, sondern auch in der Entsendung von zahlreichen Besuchen und Deputationen an die Ministerien ihren Ausdruck findet. Dem gegenüber ist auf folgendes hinzuweisen: Das Gutachten der Sparkommission hat an mehreren Stellen darauf aufmerksam gemacht, daß zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden, sowie zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung die Vereinigung der kleineren Gemeinden zu größeren in jeder Weise gefördert werden sollte. Das Sparkommissionen vertritt sich von dieser Maßnahme so wohl für die Gemeinden wie für die Staatskasse einen erheblichen finanziellen Erlös. Dementsprechend hat das Staatsministerium beschlossen, die Zusammenlegung kleinerer Gemeinden vermehrt anzustreben, und der Landtag hat diesem Beschluß vorbehaltlos zugestimmt. In der Folge ist durch die Haushaltsnotverordnung vom 9. Oktober 1931 der Staatsregierung, nicht etwa der Verwaltungsbehörde allein, die Ermächtigung erteilt worden, die kleineren Gemeinden im Wege der Anordnung mit anderen Gemeinden zusammenzufassen. Als Grenze, bis zu welcher schon die Größe der Gemeinde allein eine solche Vereinigung erwägenswert erscheinen läßt, wurde eine Einwohnerzahl von 500 angesetzt; darüber hinaus soll eine solche Anordnung nur in besonderen Ausnahmefällen in Betracht kommen.

Diese Bestimmung ist nun nicht etwa so zu verstehen, daß anspruchlos alle Gemeinden unter 500 Einwohnern verschwinden müssen.

Es war vielmehr zunächst nur bei allen Gemeinden unter 500 Einwohnern in eine Prüfung in der Richtung einzutreten, ob die Vorteile, die man sich von einer solchen Zusammenlegung im allgemeinen versprechen kann, auch in jedem

Einzelfall zu erwarten sind und ob und in welcher Richtung und unter welchen Bedingungen etwa die Zusammenlegung einer Gemeinde in Frage kommt.

Letztlich mit dieser nur vorbereitenden Maßnahme sind bisher die Verwaltungsbehörden befaßt.

Sie haben dem Ministerium des Innern über sämtliche Gemeinden unter 500 Einwohnern berichtet und müssen deshalb auch mit sämtlichen dieser Gemeinden in Verbindung treten, allerdings, ob im Einzelfall eine Vereinigung dieser Gemeinden ratsam erscheint oder nicht. Wenn dieses ganze Material im Ministerium des Innern vorliegt, wird man sich darüber schlüssig werden können, ob und in welchen Fällen eine Zusammenlegung notwendig ist, um an dem von Sparkommissionen geforderten Erlös zu profitieren. Das dabei nicht ideellisch, sondern rein fallendes vorzugehen wird, vertritt sich von selbst und ist auch den Verwaltungsbehörden von selbst ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden; indes bietet das Gesetz durch die Zulassung der ständischen Steuerfiskus und auch durch die Rechtshöflichkeit der Steuerfiskus, eine solche Zusammenlegung mit mehr oder minder einschneidender Wirkung vorzunehmen.

Vorerst ist jedenfalls an einer besonderen Benennung in den Gemeinden, die von den Bezirksämtern um ihre Stellungnahme befragt sind, noch kein Anlaß und eben so die Entsendung von Deputationen und die Einreichung umfangreicher Denkschriften noch verfrüht.

Zunächst sollte lediglich einmal bei den Verwaltungsbehörden Klarheit über die tatsächlichen Verhältnisse und über die Einwirkung der Bevölkerung auf einer etwaigen Zusammenlegung geschaffen werden.

Aus der Landeshauptstadt

Die höchste Leiter der Welt

von einer Karlsruher Firma gebaut.

Die Karlsruher Feuerwehr-Geräte-Fabrik (Nbh. Gebrüder Bacher) hat jetzt eine Leiter Höhe von 43 Meter lange Automobil-Holzleiter aus Leichtmetall nach Brüssel abgefahren, die infolgedessen größte Beachtung verdient, da sie die höchste Leiter der Welt ist, welche im Dienst einer Feuerwehr steht, und die ferner in dem fünfteiligen Leiternabsatz aus Leichtmetall hergestellt ist. Bis jetzt wurden bekanntermaßen die Feuerwehreiter aus Holz gebaut. Die Firma hat vor 8 Jahren dazu übergegangen, den Leiter aus Stahl herzustellen, da aber aus Holz eine noch zu große Vorsicht für die Holzleiter bestand, so schuf sie eine Konstruktion von Stahlarmierter Holzleiter-Stahl-Holzleiter-Kombination. Das so genannte Stahlgerippe nimmt die Stöße auf und darin eingespannte Holzleiter gestattet ein leichtes Greifen und Steigen der Holzleiter. In dieser Ausführung wurden 38,5 Meter hohe Leitern nach Moskau, Wien, Rio de Janeiro, Courbevois geliefert.

Die Leiter hat die Firma Metz, die Ganzmetall-Fabrikation gefertigt und erstellte eine 22 Meter hohe Leiter aus Leichtmetall und dann die erwähnte 41 Meter hohe Leiter aus dem gleichen Metall für Brüssel, wie auch eine Ganzstahl-Automobil-Drehleiter von 30 Meter für Russland und die Leiter in Ausführung hat. Ferner sind 9 Automobil-Drehleiter für Russland erstellt worden. Die Konstruktion ist eine solche mit Vorklappen aus Winkeln, die nach Art der Konstruktionen von Brücken, elektrischen Masten, Turm Türmen usw. ausgeführt ist und zwar aus Leichtmetall in vollständiger Verfertigung und Stahl in elektrischer Verfertigung. Besonders beachtenswert bei der Konstruktion ist noch die Führung der einzelnen Leitern nicht nur in der ganzen Höhe ihrer Seitenteile, sondern auch Untergurtung, Streben u. Stützen, die Verspannungen (Obergurtungen), u. das Leitern mit Krallenführung zusammengeklappt u. verbunden sind. Die Firma Metz fertigt diese höchsten Leiter noch ein letztes Mal und demonstrierte damit eine unerhörte Höhe von 48 Metern. Die Firma Metz hat sich mit ihrer Leiterfabrikation der ganzen Welt eine führende Stellung erworben und es ist sehr erfreulich, daß es fast ausschließlich in Karlsruhe gibt, in welchem diese deutschen Karlsruher Fabrikate nicht vertreten sind.

Karlsruher Filmschau.

Das Programm der Karlsruher Kinos weist einige heitere und ernste Filme mittlerer Bedeutung auf. Von dem Bombenerfolg „Union-Theater“ mit „Reserve“ hat man sich schon die Rede. Die heitere „Miese“ wird auch in den Residenz-Kinobühnen, wo der Joe May-Film „...“ und das ist „Gaußsche“ läuft. Das amüsante und spannende „Schicht“ drabentiers während der spannungsvollen „Ballfeste“ spielt, hatte die Karlsruher Kinos, seine Regiekunst bewiesen. Ein lustiger Film, der vor allem in Sachen Erfolg nie versagt. Und schließlich die Hauptrolle. Die „Schau“ zeigt in „Schön ist die Wanderschaft“ einen Militärfilm, der sich den bisher hier gesehenen würdig anreicht und alle Vorzüge und Schwächen dieser Filmgattung aufweist. Namen der Darsteller, Albert Paulig, Paul Bremer, Oskar Sabo, Ida Wüst und Gretl Bremer, bürgen dafür, daß man sich dabei nicht unterhält.

Der stumme Film lebt noch. Das zeigt die dem großen Erfolg, den „Das Flöten-Blasorchester“ in den Badischen Kinos hat, in dessen Mittelpunkt die Geschichte des alten Fritz steht, in der bekannten Bearbeitung durch Otto Gebühr. Die Verfilmung einer reizenden Liebesgeschichte in der romantischen Vorgänge des Weltgeschehens ist in überzeugender Weise gelungen. In den „Lichtspielen“ ist ein sehr langweiliges Doppelprogramm zu sehen. „Dynamit“ und „Die Bräute von San Luis Rey“ sind überaus hübsch, enthält zwei in einander übergehende Teile, eine scharfe Kritik der karlsruher Gesellschaft und spannende Motive aus einer gewaltigen Bergwerkskatastrophe. In diesem Film, wie auch in der „Katastrophe von San Luis Rey“ gefällt vor allem die ausgezeichnete Photographie.

Spendenverteilung der Notgemeinschaft.

Die Karlsruher Notgemeinschaft hat die Karlsruher Notgemeinschaft gesammelt und gewonnen, allerdings mit dem erfreulichen Ergebnis, daß bisher bereits 1000 Mark an Spenden eingegangen sind. Nun geht es auch an die Spendenverteilung. Der Arbeitsausschuß hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, Anfang Dezember 1931 die Erfüllung dieser Hoffnungen wäre und so gerne der Einzelhandel schon im eigenen Interesse dazu beitragen würde, ist ein weiterer Preisabbau doch nur möglich, wenn die schon oben angeordneten Vorbereitungen vollständig erfüllt würden.

Die nächste Sammlung.

Die Sammelaktionen der Notgemeinschaft werden ihre Sammelaktionen wie folgt fortgesetzt. Am Freitag, den 27. November 1931

Sammelkolonne I zwischen Hindenburgstraße — Mollkestraße — Blücherstraße — Regenauerstraße und Dunkelallee (Herdwald-Siedlung); die Sammelkolonne II zwischen Ruppurrerstraße — Stuttgarterstraße — Eisenbahnausbesserungsweg und Güterbahnhof.

3600 Mark unterschlagen.

Unter den 17 Personen, die am Dienstag wegen verschiedener strafbarer Handlungen von der Polizei festgenommen wurden, befand sich ein Ausfallsbeamter der Reichsbahn, der die

Der badische Einzelhandel gegen Erhöhung der Umsatzsteuer.

Eine Protesttagung in Karlsruhe.

In etwa vierstündiger Sitzung nahm am Dienstag nachmittag der aus dem ganzen badischen Land nach Karlsruhe gefommene Gesamtländerversammlung der badischen Einzelhandelsvereine an der gemeinsamen Tagung und zu den verschiedenen Problemen, die a. B. den badischen Einzelhandel betreffen.

Nach einem ausführlichen Bericht des Verbandesleiters Steinle und nach Erledigung des Tagesordnungsplans für 1932 wurde zunächst auf die Währungsfrage eingegangen und auf die sonstigen Notwendigkeiten der Einzelhandelsvereine eingegangen. Es wurde hierüber festgestellt, daß der badische Einzelhandel an allen Notwendigkeiten weitgehend beteiligt ist und bis an die äußerste Grenze des Möglichen herangezogen ist. Zur Frage des früheren Länderversammlungslusses am 1. Feilgen Abend wurde beschlossen, die Hauptgemeinschaft des badischen Einzelhandels in Berlin zu beauftragen, bei der Reichsregierung nachdrücklich dahin zu wirken, daß auf dem Wege der Notverordnung eine den Wünschen des Einzelhandels möglichst weit entgegenkommende Regelung erfolgt. Gleichermäßen wurde beschlossen, an den badischen Landtag heranzutreten, um die Frage einer gleichmäßigen Regelung der Einzelhandelssteuer des Verfassungstages erneut ins Rollen zu bringen. Der derzeitige Zustand, wonach der Verfassungstag allein in Baden und Hessen als Feiertag benannt wird, während alle übrigen Länder im Reich diesen Feiertag nicht kennen, könne auf Dauer unter keinen Umständen mehr weiter bestehen bleiben. In der Frage der Umsatzsteuer wurde eine Regelung dahingehend verlangt, daß die Einzelhandelsvereine ihre Steuern und Umlagen nach gleichen Normen wie der übrige Einzelhandel an dem Orte bezahlen, an dem die Geschäfte betrieben werden, und nicht zentral am Sitz der Stammmutter.

Eingehend befahte sich der Gesamtländerversammlung des Reichstages mit der Tätigkeit des Reichstages und mit den darüber in die Öffentlichkeit gelangten Meldungen, die den Einzelhandel mit lebhafter Sorge erfüllten. Nach längerer Aussprache wurden die vorgetragenen Gedanken in folgender Entschliessung

zusammengefaßt: „Der am 24. November 1931 in Karlsruhe versammelte Gesamtländerversammlung der badischen Einzelhandelsvereine hat mit lebhaftem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß der vom Herrn Reichspräsidenten ins Leben gerufene Wirtschaftskreislaufgesetzbuch, ohne der Reichsregierung Vorschläge zu unterbreiten, die eine Entlastung der Wirtschaft und damit eine Wiedergeburt der unermesslich gewordenen Verhältnisse in Aussicht stellen. Das von Reichspräsident Dr. Brüning aufgestellte Ergebnis der Beratungen des Wirtschaftskreislaufes kann bei dem Zweige der Wirtschaft, den der Landesverband des badischen Einzelhandels vertritt, keine Erleichterung auslösen. Im Gegenteil muß nachdrücklich beanstandet werden, daß dieses Ergebnis in eine Form gefaßt ist, die bei weitem Kreisen des Publikums den Anschein erwecken wird, als beabsichtige die Reichsregierung, durch Zwangsmaßnahmen einen weiteren Abbau der Kleinhandelspreise herbeizuführen. Da die Reichsregierung offensichtlich weder den Willen, noch die Macht besitzt, die für die Preisbildung wesentlichen Faktoren — Steuern, Zinsfuß, Tarife, staatliche und städtische Abgaben und Gebühren, Mieten usw. — derart zu senken, daß ein weiterer Preisabbau beim Einzelhandel möglich wäre, können die vom Reichspräsidenten durch seine Veröffentlichungen angedeuteten Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen, wohl aber steht zu befürchten, daß eine erneute Kaufzurückhaltung der Verbraucherschaft die unmittelbare Folge davon sein wird.“

Der badische Einzelhandel, der im Preisabbau in den letzten Jahren freiwillig das Menschenmögliche getan hat, erhebt gegen ein derartiges Vorgehen der Reichsregierung die heftigsten Einsprüche und richtet an die Verbraucherschaft die dringende Mahnung, sich durch die behördlichen Maßnahmen nicht täuschen lassen, sondern auf einen nahe bevorstehenden weiteren Preisabbau nicht einzugehen. So wünschenswert die Erfüllung dieser Hoffnungen wäre und so gerne der Einzelhandel schon im eigenen Interesse dazu beitragen würde, ist ein weiterer Preisabbau doch nur möglich, wenn die schon oben angeordneten Vorbereitungen vollständig erfüllt würden.

Behördliche Zwangsmaßnahmen gegen die Wirtschaft haben noch nie zu einer wirklichen Befriedigung der Verhältnisse geführt und wir warnen dringend vor weiteren Experimenten auf dem Gebiete amtlicher Preisregulierungsbestrebungen. Wir appellieren aber auch an den gesunden Verstand der Verbraucherschaft im jetzigen Moment, wo die Existenz der ge-

fährtenbücher für zwei volle Monate gestrichelt hat und in dringendem Verzicht steht. Den Betrag von 3600 Mark unterschlagen zu haben. Der ungetreue Beamte wurde ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Einem Metzger aus Durlach wurden in einem Durlacher Kaffee aus seinem Mantel eine Briefmappe mit Führerschein, lautend auf den Namen Adolf Mayer, sowie Zulassungsbefreiung u. Steuerkarte für den Pkw. IV B — 20 769 von unbekanntem Täter entwendet.

Aufwertung der Spargutachten.

Verlängerung des Auszahlungstermins.

Das neueste Gesetz und Verordnungsblatt (Nr. 70) bringt eine dritte Verordnung des Innenministers zur Durchführung der Aufwertung von Spargutachten. Danach kann auf Antrag einer Sparkasse, der bis zum 31. Dezember 1931 gestellt sein muß, der Minister des Innern die Zulässigkeit der Kündigung der ersten Hälfte der aufgewerteten Spargutachten über den vorgesehenen Zeitpunkt, d. h. der 1. Januar 1932, jedoch nicht über den 1. Januar 1935, hinausschieben. Dabei kann für kleinere Aufwertungsparzellen ein früherer Kündigungstermin zugelassen werden als für größere. Soweit die Kündigung auf einen vor dem 1. Januar 1935 liegenden Zeitpunkt zugelassen wird, kann auf einen vor diesem Zeitpunkt gestellten Antrag eine weitere Hinausschiebung bis zum 1. Januar 1935 erfolgen.

Eine Kuh sprang ins Motorrad...

Auf der Karlsruher Landstraße in der Nähe der Dornwaldsiedlung kam am Dienstag abend ein Motorradfahrer dadurch zu Fall, daß ihm die Kuh eines Viehtransportes plötzlich vor das Rad sprang und ihn umwarf. Der Motorradfahrer, sein 9 Jahre alter Sohn und eine ledige Verwandte, die auf dem Sozius mitfuhr, erlitten Schürfwunden im Gesicht, sowie an den Knien und Ellenbogen. Das Motorrad wurde erheblich beschädigt.

Diebstähle.

Am Dienstag wurden der Polizei 6 Fahrraddiebstähle angezeigt; zwei Fahrräder wurden als Fundgut abgeliefert.

Ein Maurer aus Mörsch gelangt wegen Hehlerei zur Anzeige, weil er sich im Besitz eines am 18. November hier entwendeten Damenfahrrads befand. Wie er angab, hatte er das Fahrrad von einem Unbekannten in Mörsch für 10 Mark gekauft. Die Angaben konnten durch Zeugen bekräftigt werden, so daß der Verdacht des Diebstahls sich nicht aufrichten ließ.

In der Nacht zum Mittwoch wurde die Entdeckung gemacht, daß in ein Eckesdorfer- und Mollkestraße stehendes Verkaufshäuschen ein Einbruch verübt worden war. Der Täter hatte alles durchwühlt und auf den Boden geworfen. Ob etwas entwendet wurde, steht noch nicht fest.

Die Ehefrau eines Dreheres von hier wurde in ihrer Wohnung festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert, weil sie sich verschiedener Eigentumsdelikte schuldig gemacht hatte. Die Geschädigten sind ein Kunsttater und zwei Witwen von hier.

Verkehrsunfälle.

Am Dienstag nachmittag stießen am Rameyplatz ein Kraftwagen mit Anhänger und ein Straßenbahnwagen der Linie 1 zusammen. Auf beiden Seiten entstand leichter Sachschaden. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Ein Motorradfahrer gelangt zur Anzeige, weil er am Montag vormittag in der Durlacher

gesamten Wirtschaft und darüber hinaus auch das Wohl der Verbraucherschaft selbst von einer Verlesung der Umsätze abhängt, eine über den Rahmen des absolut Notwendigen hinausgehende Kaufzurückhaltung zu üben. Eine außerordentliche Erhöhung der an sich schon arbeitsreichen Zahl der Einzelhändler in Handel und Industrie und eine beträchtliche weitere Steigerung der Arbeitslosenquote müßten die unmittelbaren Folgen sein.

Im Anschluß hieran betont der Gesamtländerversammlung der badischen Einzelhandelsvereine, daß die in neuesten Zeitungsberichten hervorgehobene Absicht der Reichsregierung, zur Ausbalanzierung des Etats eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 Prozent vorzunehmen, zwingend zum Gegenstand dessen führen müßte, was der Wirtschaft als vorrangigste Aufgabe der nächsten Zukunft bezeichnete. Der Einzelhandel ist bei den heutigen katastrophalen Verhältnissen unter gar keinen Umständen in der Lage, eine derartige Umsatzsteuererhöhung zu tragen. Im Interesse der Verbraucherschaft protestiert der badische Einzelhandel nachdrücklich gegen jede Erhöhung der Umsatzsteuer in ihrer derzeitigen Form und macht die Reichsregierung heute schon auf die Folgen aufmerksam, die sich aus der Durchführung ihrer Absichten ergeben müßten.

Erneuten Protest erhebt der Landesverband der Einzelhandelsvereine des badischen Einzelhandels ferner gegen die Belastung, die den Steuerabgaben durch die Reichsfinanzbehörde auferlegt wird. Dieser Steuerzuschlag von 120 Prozent pro Jahr ist unerträglich und muß mit größter Beschleunigung auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden. Die Parlamente und die hinter ihnen stehende Allgemeinheit werden dringend gebeten, diese Forderungen zu unterstützen.

Diese Entschliessung fand einstimmige Annahme. In seinem Schlußwort stellte Präsident Wilsch, der die Verhandlungen leitete, fest, daß der badische Einzelhandel von dem guten Willen durchdrungen sei, den staatlichen Anforderungen und der Allgemeinheit weitgehend entgegenzukommen, daß er andererseits aber auch Verständnis für seine ungeheure schwierige Lage verlangen und vom Staat den Schutz seiner Existenz fordern müsse. Nur in völliger Einigkeit der Gesamtheit des Einzelhandels könne die Möglichkeit seiner Existenz erhalten liegen.

Dunkle Autogeschäfte.

Wegen gewerbsmäßiger Hehlerei vor Gericht.

Unter starkem Andrang des Publikums wurde gestern vor dem Karlsruher Schöffengericht ein interessanter Hehlereiprozess verhandelt, in welchem sich der 33 Jahre alte Kaufmann Johann S. aus Bruchsal und der 35 Jahre alte verheiratete Automobilhändler Josef F. aus Durlach wegen gemeinschaftlicher gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten hatten. Nach der Anklage haben S. und F. gemeinsam am 26. März ds. Js. in Karlsruhe einen Zweiflügel-Personenrajswagen Opel, der am 18. März in Pforzheim im zum Nachteil eines Oberarztes gestohlen worden war, für 400 Mk. an einen Möbelhändler verkauft. Am 7. April haben sie einen Zweiflügel-Opelrajswagen, der am 26. März in Stuttgart entwendet worden war, einem Direktor in Karlsruhe für 1200 Mk. verkauft. S. hat weiter allein am 12. Mai dieses Jahres in Durlach einen Zweiflügel-Personenrajswagen, der am 20. April in Mannheim gestohlen wurde, an einen Holzhändler in Wolschach für 1800 Mk. verkauft; endlich hat S. im April dieses Jahres in Durlach einen Zweiflügel-Personenrajswagen, der in Stuttgart entwendet wurde, an sich gebracht und an einen Kaufmann in Karlsruhe ausgeliefert. In allen Fällen hat S. die Personenrajwagen den nicht ermittelten Dieben abgenommen und nach Wiedervergabe der Farbe und der Nummern des Motors und Fahrgestells durch Vermittlung des D., dem Provisions- und Gewinnanteil gewährt wurde, weiter verkauft.

Uebereinstimmend betanden die Angeklagten, die Wagen von Unbekannten in Ettlingen, Mannheim und Reutlingen a. d. N. erworben zu haben. S. will den ersten Wagen von einem gewissen Renner in Ettlingen, der nicht zu ermitteln war, gekauft haben. Der zweite Wagen sei von einer Frau Krüger in Mannheim, die ebenfalls nicht ermittelt. Er will auch in diesem Falle nichts von der unreeellen Herkunft des Wagens gewußt haben. Die Hehlereigeschäfte wurden jeweils im Kaffee abgehandelt. Den dritten Wagen will S. von einem Herrn Welfer in Reutlingen a. d. N., den es ebenfalls nicht gibt,

gekauft haben. Letzterer habe die Papiere für den Wagen mitgebracht, und einen Vikenauszug der Polizeidirektion Kaiserslautern mitgeschickt.

Die Ermittlungen ergaben, daß die drei Verkäufer der Wagen: Renner, Frau Krüger und Welfer, überhaupt nicht existieren. Aus dem Untersuchungsgefängnis suchte F. einen Käufer in einem Anzug hinauszuführen, der abgefangen wurde. Darin forderte er seine Frau auf, sie möchte verschiedene Briefe mit der Schreismaschine fälschen und — unter Vermeidung von Fingerabdrücken — mit dem Namen Welfer bezw. Krüger unterzeichnen. Diese Briefe möge sie an das Landgericht schicken. Durch diese Briefe wollte er den Anschein erwecken, als ob die Krüger und Welfer sich kannten. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, wenn er ein gutes Gewissen habe und die Autos in gutem Glauben angekauft und wieder verkauft habe, hätte er nicht den Versuch gemacht, seine Frau zu veranlassen, diese Briefe an das Gericht und die Automobilhändlergenossenschaft zu schicken. Medizinalrat Dr. Croissant verneint die Anwendbarkeit des § 51. Es werden rund 20 Zeugen gehört.

Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer betonte, daß sich der Autodiebstahl zu einer Landplage ausgewachsen habe.

F. habe betört gelogen, und gelogen, daß man ängstlich auf die Balken sehen mußte, ob sie sich nicht biegen.

Gegen S. beantragte er ein Jahr drei Monate Zuchthaus, gegen F. ein Jahr Zuchthaus, evtl. acht Monate Gefängnis. Bei F. hat er, von der Anrechnung der Untersuchungsfrist Abstand zu nehmen. Das Schöffengericht verurteilte F. wegen Hehlerei in 4 Fällen zu einem Jahr drei Monate Gefängnis, abzüglich vier Monate Untersuchungshaft, und S. wegen Hehlerei in zwei Fällen zu je sechs Monaten Gefängnis, abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft. Der Satzbescheid gegen S. bleibt aufrecht erhalten.

Alle durch verkehrswidrigen Fahrer eine Frau anfuhr, die dabei leichte Verletzungen und einen zerrissenen Mantel davontrug.

Wetternachrichtendienst

Am Dienstag nachmittag ist ozeanische Warmluft nach Südwestdeutschland gelangt und hat uns merklichen Temperaturanstieg gebracht.

Wetterausichten für Donnerstag, 26. Nov.: Meist wolfiges und nebligtes Wetter, höchstens leichte Niederschläge.

Wetterdienst des Frankfurter Universitäts-Instituts für Meteorologie und Geophysik.

Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr: Waldshut, 25. Nov.: 192 cm; 24. Nov.: 194 cm.

Mitteilungen des Bad. Landestheater.

Jetzt am mehr als fünfzig der namhaftesten deutschen Bühnen ungewöhnlich eindringliche Wirkung beschieden war, wird dadurch erklärt werden dürfen, daß dieses Schicksal eines jungen Menschen vom Dichter aus dem Gefühl heraus gestaltet und nicht erkünstelt ist.

Berankstaltungen

Gästelienfeier. Mit der Veranstaltung einer am Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Konzertsaal der Bad. Hochschule für Musik stattfindenden Gästelienfeier wird das zu Beginn des vergangenen Sommersemesters ins Leben gerufene Institut für katholische Kirchenmusik einen ersten Einblick in sein Wirken und Schaffen bieten.

Soll und Haben der Weltkrise ist das Thema des am nächsten Samstag, den 28. Nov., von Dr. Roman Boos-Basel, im Rahmen der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung am Goetheanum im Saale der hiesigen Anthroposophischen Gesellschaft zu haltenden öffentlichen Vortrags.

Kunstvereins im großen Saale der Eintracht Kurt Hielscher-Berlin über das Thema „Drei Jahre Wanderfahrten durch Dänemark, Schweden und Norwegen“ einen Lichtbildvortrag nach eigenen Aufnahmen halten.

Neues vom Film

Palast-Lichtspiele, Herrenstraße 11. Felix Bressart, der Wert der Heterofestspiele, der sich mit Erfolg zur Aufgabe macht, alle Sorgen zu verschleppen, in seinem neuesten lustigen Film „Diriefort greift ein!“

schütternde Komik bisher nur in Nebenrollen Mittärschwänken zeigen. Als Diriefort hat er

Geschäftliche Mitteilungen

Die Firma B. Volkmar veranstaltet mit ihrem großen Weihnachts-Bericht ein interessantes Preisausloosung für die Jugend.

Tagesanzeiger

Donnerstag, den 26. November 1931. Bad. Landestheater: 20-22.45 Uhr: Händel und Mozart; Die Puppenfee.

Karlsruher Opern- und Schauspielführer

Die Puppenfee. - Ballett von S. Hagreiter und F. Gaul. - Musik von Joseph Bayer. Im Spielwarenbaraj herrscht Hochbetrieb.

Karlsruher Turnverein 1846. Städtische Festhalle. Sonntag, den 29. ds. Mts., nachm. 3 1/2 U. Großes Schauturnen zur Feier des 85jährigen Bestehens.

Voranzeige! Verein für das Deutschtum im Ausland. KONZERT mit gesellschaftlichem Abend.

Café Museum. Heute Donnerstag abend Sonder-Konzert. Morgen Freitag abend im unteren Café Gesellschaftstanz.

Instrumentalverein e. V. Gesellschaft „Eintracht“ e. V. Montag, den 30. November 1931, 2 1/2 Uhr.

75. Stiftungsfestkonzert des Instrumentalvereins (140. Todestag Mozarts, 5. Dez. 1791).

Zuckerkrankke. Kein Hungern nötig. Größte Erfolge. Kostenl. Ausk. u. Tatsachenberichte.

Festhallsaal. Gesangverein Concordia e. V. Samstag, den 28. November, 20 Uhr: Konzert zu Gunsten der Winternothilfe.

Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege Karlsruhe.

Schwarzwaldverein, Skiclub Ortsgruppe Karlsruhe. Alpenverein Karlsruhe.

Die Kunst des Schneebuhlaufens. Vortrag mit Lichtbildern aus Firof Oberquail und Kälberberg und Filmvorführung der Hahnenberg-Exkursion.

Bad. Kunstverein e. V. Dienstag, 1. Dezbr., 20 Uhr im großen Saale der Eintracht Lichtbilder-Vortrag.

Hirse Korn greift ein! Ein Tonfilm von Bernauer und Österreichischer mit CHARLOTTE SUSA.

Karlsruher Hausfrauenbund. Unsere diesjährige Winternothilfe. Bunter Abend mit Tanz.

Porza. Annette Kolb spricht. Aktuelles aus einem Beschwerdebuch am 30. Nov., 20.15 Uhr.

Oeffentlicher Vortrag. Samstag, den 28. November 1931, abends 8 1/2 Uhr, Vortragssaal Waldstr. 8.

Tanzschule Trautmann. Karlstr. 18, Ecke Kaiserstr. Telefon 3155. November Beginn neuer Kurse.

Wilhelm A. Goossens. Gunhild A. F. Goossens geb. Ziegler. Vermählte. Den Haag (Holland) Waalsdorperweg 40.

Was koche ich morgen? Darüber, sehr verehrte Hausfrau, sollten Sie keine unnützen Sorgen machen.

Bad. Licnupiele-Konzertmaus. Heute 20.30 Uhr: letzte Vorstellung! Das Flötenkonzert von Sanssouci.

Nur Freitag 20.30, Samstag 16 u. 20.30, Sonntag nur 16 Uhr. Jubiläumswoche. Die blaue Adria. Nie gesehene herrliche Bilder von südlichen Gestaden.

„Gollastreich!“ empörte sich die Zante. „Soll ich mir gar nicht Mühe machen, die Fliege zu fangen? ...“

„Nein,“ sagte Zante, „ich bin kein Insektenkundler, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“

„Du bist eine Fliege?“ rief Zante. „Nein, ich bin eine Fliege, die nur fliegen will.“